

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Erscheinungstag: Täglich.
Preis: 20 Pf.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.
In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auftragsung, durch die Post
bei täglich einmaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Die Spalte 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienangehörigen, Angehörigen unter
Eltern u. Wohnungsmieter, 1spaltige An- u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut
Tabelle. Zusätzliche Beiträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Hauptverwaltungsstelle:
Moritzstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neudruck & Reichardt in Dresden.
Telefon-Nr. 1088 Dresden.

Blesch-Weinstuben
Prager Straße
Täglich: **Künstler-Konzert**
Oute Küche / Gutgepflegte Weine / Spez.: „Bleschplatte“.

Reichs-Kaffee
Altmarkt = Täglich: 5-Uhr-See = Altmarkt

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

Die frostlose Lage in Oberschlesien.

Eine deutsche Beschwerde über die Interalliierte Kommission.

Berlin, 11. Jan. In einer heute der Vorkonferenz in Paris übermittelten Note, die die deutsche Regierung in London, Paris und Rom übergeben worden ist, legt die deutsche Regierung in Ergänzung der in ihrer Note vom 1. d. M. angedeuteten Wünsche einsehend die von Tag zu Tag unerträglicher werdenden Zustände dar, wie sie sich seit den blutigen polnischen August-Ausfällen fortentwickelt, deren weitere Ausdehnung keineswegs nur durch die Stille und Besonnenheit der deutschen oberhalblichen Bevölkerung eingedämmt wurden.

Unerbittliche Gewalt und Grenzübertretungen
folgen in ununterbrochener Reihe. Kein Tag vergeht ohne schwere Raubüberfälle. Wohlhabendere Händlerbanden treten vor allem in den ca. 20 km streckenden östlichen und südlichen Bezirken auf und halten die Bewohner dieser Distrikte in ständiger Unruhe und Sorge. Deutsche Besatzungsmannschaften werden mit Sonderwagen und Günterzügen aus dem Gebiet vertrieben. Politische Morde, Anschläge und brutale Morde haben eine Verbreitung gefunden, wie sie wohl einzig in der Geschichte ähnlicher Vorfälle besteht. Nach einer Statistik haben die deutschen Behörden im Bereich der Polizeidirektion an der polnischen Grenze im Jahre 1920 213 Verbrechen festgestellt. Die Anzahl der Morde ist um rund 23 Prozent, die der Raubüberfälle um 80 Prozent gestiegen. Die Verbrechen sind derart, dass wenn überhaupt eine ordnungsmäßige Abmilderung stattfinden soll, mit größter Beschleunigung und äußerster Energie richterliche Abhilfe geschaffen werden muß. Die frostlose Lage in Oberschlesien hat ihre Ursache in der

Unanständigkeit der Maßnahmen der Interalliierten Kommission.

die es trotz der ihr zur Verfügung stehenden Truppen unterläßt, irgendwie energisch gegen die Verbrechen und Raubzüge vorzugehen und von den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unparteiisch Gebrauch zu machen. Die Interalliierte Kommission hat auch die ausgereicherte deutsche Polizei anzuweisen und an ihre Stelle mit unzureichenden Kräften durchsichtige Polizeikräfte zu stellen, die in keiner Weise für ihre Aufgabe tauglich sind. Besonders in den Grenzbezirken ist es wegen der Unzulänglichkeit der Polizeikräfte unmöglich, den Verbrechen und den nationalitätlichen Verbrechen Herr zu werden, das die Gewissheit hat, jederzeit leicht über die Grenze zu entkommen. Die Zustände an der oberhalblichen Süds- und Ostgrenze lassen jeder Veranschaulichung über die Beschaffenheit der Grenze selbst bietet dem Uebersehenden an unerläßlicher Stelle keine besonderen Schwierigkeiten.

Das Uebersteigen der Süds- und Ostgrenze wird zudem durch die Aufstellung von täglich unkontrollierten und praktisch unkontrollierbaren Sammelstellen sehr erleichtert, auf Grund deren die Leute zu Hunderten über die Grenze laufen.

Die deutsche Regierung muß verlangen, daß ohne jeden Verzug die Absperrung der Süds- und Ostgrenze durchgeföhrt wird, daß der Uebergang über die Grenze einseitig und allein auf die von der Interalliierten Kommission bestimmten Straßen beschränkt bleibt und daß durch genügende Besetzung mit Wachen und Posten ein

unerlaubtes Uebersteigen der Grenze unmöglich gemacht wird.

Zur Beseitigung der Unsicherheiten müßten ferner auf die gemeinen Vergehen abstrafende Strafen gesetzt werden. Es darf auch von der Anwendung des Standrechtes gegen Plünderer und Räuber nicht zurückgekehrt werden. Die deutsche Regierung erwartet von den alliierten Regierungen, die die Verantwortung für die öffentliche Ruhe und Ordnung in Oberschlesien und für die gerechte Durchführung der Abmilderung übernommen haben, daß sie kein Mittel unversucht lassen, um in den bedrohten Grenzbezirken Ruhe und Ordnung zu schaffen und der Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit zu geben, ohne das eine freie, geheime und unbeeinflusste Abstimmung unmöglich ist.

Die der deutschen Note beiliegenden Anlagen geben ein trostloses Bild von den gegenwärtigen Sicherheitsverhältnissen in Oberschlesien und enthalten eine Aufzählung der besonders marantischen Gewalttaten der letzten vier Monate. Gegen das Vordringen hat sich nach den angeführten Beispielen die Abstimmungsabteilung als völlig machtlos erwiesen. Die Lage der politischen Verhältnisse in Oberschlesien ist besonders traurig. Die Abmilderung für die Zustände in Oberschlesien. Die Anlage schildert ferner die Schwierigkeiten, die in dem Zusammenarbeiten zwischen der staatlichen, jetzt oberhalblichen Sozialpolitik und der polnischen Oberhalblichen, der Abstimmungsabteilung, bestehen, die durch ihre schlechte Bemühung zur Durchführung der Verbrechenbanden verursacht sind. Auch die Uebertritte der bewaffneten Banden aus Polen haben sich eher vermehrt, seit die polnische Oberhalbliche die Absperrung der Grenze übernommen hat. In dem Schlußsatz der Anlage werden 22 Fälle aufgeführt, in denen es Schwerkverbrechen gelungen ist, nach vollzogener Tat die Grenze zu überschreiten und ungehindert polnisches Gebiet zu erreichen. (S. 2. B.)

Ein Protest der Oberschlesier.

Berlin, 11. Jan. In einem an den Vorkonferenzrat in Paris und die Regierungen von Frankreich, England und Italien am 9. Januar gerichteten Protesttelegramm des Vorkonferenzrates des Verbandes heimatischer Oberhalblicher gegen die zeitlich gestrichelte Abstimmung und gegen die Aufstellung der nach dem 1. Januar 1921 anzuweisenden, nicht abstraflichen Oberhalblichen wird darauf hingewiesen, daß die Gefahr besteht, daß die in der oberhalblichen Bevölkerung hierdurch hervorgerufene große Erregung zu öffentlichen Demonstrationen führt. Es kann nicht mit Gewissheit gesagt werden, ob es den führenden deutschen Kreisen gelingen wird, die erregten Volksmassen von ihrem Vorhaben abzubringen. In der Ueberzeugung, daß bei den Beratungen der interalliierten Mächte über die gezielte Abstimmung die Frage der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung während der Volksabstimmung entscheidend sein wird, wird vorausgesetzt, daß die zeitlich getrennte Abstimmung die Gefahr des Terrors nicht beseitigt, sondern verstärkt. Es kann ferner nicht der Wille des Vorkonferenzrates sein, daß Personen, die nach dem Friedensvertrag bei einer eventuellen Aneignung Oberschlesiens an Polen ohne weiteres eine neue Landesangehörigkeit erwerben, nicht durch Teilnahme an der Volksabstimmung selbst entscheiden sollen, welche Staatsangehörigkeit sie persönlich wünschen. Hunderttausende von heimatischen Oberhalblichen erwarten die Anerkennung ihres Protestes im Interesse einer unbedingten freien und unbeeinflussten Abstimmung. (S. 2. B.)

Verbot der Luftfahrt im Rheingebiet.

Berlin, 11. Jan. Der deutsche Regierung in folgender Beschlus der Vorkonferenzkonferenz vom 10. Dezember 1920 mitgeteilt worden:

Fliegen im Rheingebiet.

1. Wenn die Verhütung von Luftfahrern in Deutschland weder angenommen sein wird und solange Deutschland noch nicht als Mitglied der Konvention vom 13. Oktober 1919 betreffend Regelung der Luftfahrt aufgenommen oder zum Beitritt angeschlossen ist, ist das Uebersteigen der Rheinlande den Deutschen Staatsangehörigen förmlich untersagt. Es das Uebersteigen untersagt ist, ist auch die Frage des Landens nicht nur gelöst, sondern kann überhaupt nicht gestellt werden.

2. Sobald Deutschland der Konvention vom 13. Oktober oder dem Vorkonferenzrat beigetreten sein wird, dürfen keine Zivilflugzeuge der Rheinlande überfliegen und die Stellen benutzen, die auf den militärischen Flugplätzen der Alliierten in den Rheinlanden für die Bedürfnisse der alliierten Luftfahrt der verbündeten Mächte reserviert sind, unter denselben Bedingungen wie die Zivilflugzeuge der Alliierten.

3. Sobald die alliierten und assoziierten Mächte die Besetzung der Rheinlande angeordnet haben werden, kann die deutsche Zivil-Luftfahrt die Rheinlande überfliegen und Dienstplätze benutzen, aber auch nur Plätze dieser Art. Niemals darf sie im Rheinlande feste Einrichtungen unterhalten, die mit den Bestimmungen des Artikels 43 unvereinbar sind.

Fliegen in der neutralen Zone.

Das Uebersteigen der neutralen Zone wird der deutschen Luftfahrt gestattet sein, sobald es eine solche gibt, daß

beist, von dem Zeitpunkte an, wo die Herstellung von Luftfahrzeugen wieder aufgenommen wird. Aber gemäß Artikel 43 des Friedensvertrages darf niemals eine feste Einrichtung für die Luftfahrt in der neutralen Zone geschaffen werden.

Der amerikanische Schiedsspruch über die Rheintonnage.

Berlin, 11. Jan. Ueber den Schiedsspruch des amerikanischen Schiedsrichters in der Frage der Rheintonnage, der am 8. d. M. ergangen ist, werden von ausländischer Stelle folgende Einzelheiten mitgeteilt: Der Schiedsrichter hat entschieden, daß an Frankreich abzurufen sind: 1. Kahnraum in Höhe von 250.000 Tonnen und Schlepplast in Höhe von 2.761 Pferden, 2. die Einrichtung der Badischen Aktiengesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransporte, die sie im Hafen von Rotterdam am 1. August 1914 besaß, 3. 76 Prozent der Aktien der Rheinisch-Westfälischen Schiffsahrtgesellschaft, die vormals in Mannheim, 4. Schiffraum und Schlepplast von Bendel werden auf Tonnage, Schlepplast auf 1/3 voll angerechnet.

Der Schiedsrichter ist davon ausgegangen, daß für Wiedergutmachungszwecke höchstens 14,4 Prozent Kahnraum und 22 Prozent Pferden Schlepplast von der Rheinische abzugeben sein werden. Er hat daher für die Berechnung der Abrechnungen gemäß Art. 367 des Friedensvertrages nur 8,66 Prozent des Kahnraumes und 87,8 Prozent Pferden der Schlepplast der deutschen Rheinische zugrunde gelegt, das sind 1.888.651 Tonnen Kahnraum und 170.294 Pferden Schlepplast. Sollte wesentlich weniger zu Reparationszwecken abgegeben werden, so wird ein Anspruch Frankreichs auf eine entsprechende Erhöhung der bewilligten Tonnage anerkannt. (S. 2. B.)

Die Preußenwahlen.

In Preußen hat der Wahlkampf begonnen. Vor einigen Tagen hielt der preussische Ministerpräsident Braun in Königsberg eine Rede, in der er das sozialistische Programm für den Wahlkampf entwarf und betonte, daß wegen der Einseitigkeit der Regierungspolitik die bisherige Regierungskoalition in Preußen erhalten werden müsse. Dann nämlich sei zu erwarten, daß die Reichsregierung dem Rechnungsträger und entweder umgekehrt oder zum Rücktritt gezwungen werde. Auch im Reich müsse die Politik nach den Wünschen der Wähler abgestimmt werden, nötigenfalls durch die Ausschreibung von Neuwahlen. Braun hat ganz recht. Das Nebeneinander- und Gegeneinander-Regieren im Reich und in Preußen muß aufhören. Wenn nicht noch der letzte Rest von staatlicher Autorität beseitigt werden soll, dann darf sich der Fall, daß der preussische Ministerpräsident in offener Reichstagsitzung einem Reichsminister entgegentritt, nicht wiederholen. Solche Reden müssen künftige vermieden werden — durch eine Linkspolitk auch im Reich. „ant Herr Braun, dadurch, daß durch die Preußenwahlen der bürgerlichen Koalition auch im Reich ein Ende gemacht wird. Man beachte, mit welcher Gleichgültigkeit der Sozialdemokrat Braun über die klare Willensmeinung des ganzen deutschen Volkes hinweggeht, so wie sie in den Wahlen vom 3. Juni zum Ausdruck gekommen ist; man beachte, mit welcher selbstverwundlichen Geistes der gegenwärtige preussische Ministerpräsident durch diese Rede die Herrschaft Preußens über das Reich usurpiert. Es könnte eine Enttäuschung sein, wenn nicht die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bewiese, daß auch sie der Ansicht ist, durch die Preußenwahlen werde das Schicksal der Reichsregierung entschieden. Entweder ist Herr Scheibemann noch wohlwollend neutral, mehr als einmal hat er aber zu verstehen gegeben, daß dieser Zustand keineswegs ewig währen werde. Wenn am 20. Februar die Sozialdemokratie in Preußen sich behauptet oder gar mehr Mandate gewinnen sollte, dann ist auch das Schicksal der bürgerlichen Regierungskoalition im Reich besiegelt. Die Sozialisten werden die erste Gelegenheit benutzen, um die Reichsregierung zu stürzen und unter irgendeiner demagogischen Wahparole Neuwahlen zu erzwingen. Ebenso klar ist es natürlich, daß eine Behauptung der bürgerlichen Mehrheit durch die Preußenwahlen die Reichsregierung stürzen und den Boden für ein einseitiges Regiment im Reich und in Preußen bereiten würde. So betrachtet haben die Preußenwahlen eine Bedeutung, die weit über den Rahmen des preussischen Staates hinausreicht. Der 20. Februar ist ein Schicksalstag auch für das deutsche Volk.

Daraus erklärt sich die Heftigkeit dieses Wahlkampfes, der in nicht erst mit der Rede Brauns begonnen hat. Die Sozialdemokraten, die sich in der preussischen Landesversammlung bei der Beratung des Abstimmungsabsetzes für die Sozialisten abgesetzt haben die Interpellation des Genossen Hermann Müller im Reichstag über die Kapitalverhältnisse der Firma Gruber u. Co., sein Eintriff in ein schwebendes Gerichtsverfahren, seine verleumderische Behauptung über eine Teilnahme von Mitgliebrern der Sozialistenfamilie an diesen unanständigen Geschäften, das alle diese Material für die preussische Wahlpropaganda liefern. Aber die Waffen, die hier geschmiedet werden sollten, blieben ungenutzt. Der Standpunkt der bürgerlichen Parteien in der Sozialisten-Abstimmungsfrage muß doch so uneben nicht sein, da er sich fast vollständig mit dem des früheren preussischen Finanzministers, Genossen Edelmann, deckt. Daß die Kronprinzessin keine Kapitalien verloben hat, ist längst festgestellt, ebenso aber steht es fest, daß feinerrecht in dem sozialistischen Reichskabinett ein Verfahren in Sachen der Steuererklärungen des Herrn Grubers nicht gewünscht wurde und insbesondere immer irgendwo hängen blieb. Die Zielsetzung der Sozialdemokratie ist noch allemal nicht sehr fest. Darüber gibt man sich wohl im vertrauten Kreise der Genossen selbst keine Täuschung hin. Mit dem Marxismus sind keine Geschäfte mehr zu machen, und wenn einwillen auch noch den Verarbeitern das Paradies auf Erden in Aussicht gestellt wird, sobald erst die Sozialisten der Kohlenarben durchgeföhrt sei, so ist doch nicht daran zu zweifeln, daß auch in diesen Kreisen bald erkannt wird, daß allein mit einer solchen Maßnahme der Not nicht abzuhelfen sei. Um so weniger, als gerade innerhalb der Sozialdemokratie die denkbar größte Unklarheit darüber besteht, wie der Marxismus praktisch verwirklicht werden könnte.

Das alles sind taktische Klünge, von denen man sich in Volksversammlungen gewisse Wirkungen versprechen mag, die aber nicht dazu ausreichen, die Einsichtigen auch in der Arbeiterkassen darüber hinwegzutäuschen, daß es mit der Sozialdemokratie abwärts geht, daß die Partei in dem Augenblick am schmachlichsten verlagert hat, in dem sie die Möglichkeit gehabt hätte, ihr Programm durchzuführen. Sie ist dazu nicht imstande, muß vielmehr abgeben, daß all die Illusionen wie Seifenblasen zerplatzt sind. Es fehlt an festem neuen Ziel, man begnügt sich mit den seit langem liebgewordenen demagogischen Schlagworten und steht gefügig noch ungefähr genau an derselben Stelle, wie vor zwanzig oder dreißig Jahren. Stresemann hat deshalb mit vollem Recht gerade die Sozialdemokratie als